

Sozialproteste im Herbst 2022

Vorbemerkung der Z-Redaktion: Sozialproteste gab es in diesem Herbst eine ganze Menge – viele kleinere und auch etliche größere. Von einem „heißen Herbst“, wie er in vielen Medien und von Teilen der Politik erwartet wurde, kann aber noch keine Rede sein. Zumindest ergibt das unsere vorläufige Bilanz bei Redaktionsschluss dieses Hefts Ende Oktober. Von einer einflussreichen Massenbewegung sind wir vorerst noch weit entfernt. Für eine gründliche Analyse war es im Herbst ohnehin noch zu früh. Wir geben deshalb hier nur einen groben Überblick, indem wir einige Akteure in Form einer Collage unkommentiert selbst zu Wort kommen lassen. Wir hatten Aktivistinnen und Aktivisten aus unterschiedlichen linken Zusammenhängen – Bewegungen, Gewerkschaften und die Partei DIE LINKE – gebeten, zu fünf Fragen Stellung zu nehmen:

- Welche konkreten Forderungen an die Politik stellt Ihr in den Mittelpunkt?
- Wo seht Ihr Ansatzpunkte zur Zusammenarbeit mit anderen Initiativen/Bewegungen?
- Soziale Sicherung kostet Geld. Woher soll das Geld kommen?
- Welche Aktivitäten plant Ihr für die kommende Zeit?
- Wie lässt sich verhindern, dass soziale Proteste von rechts vereinnahmt werden?

Darüber hinaus haben wir Beobachter:innen des linken und des rechten Protestgeschehens um ihre vorläufige Einschätzung gebeten.

Die bisherigen Erfahrungen sprechen dafür, dass das vorhandene Mobilisierungspotenzial bei Weitem nicht ausgeschöpft wird. In den zahlreichen nebeneinander her agierenden unterschiedlichen progressiven Initiativen gibt es durchaus einen gewissen Vorrat an Gemeinsamkeiten. Das spricht für mehr Kooperation.

Blickt man auf die Sozialproteste in West- und Ostdeutschland, so zeigen sich sehr unterschiedliche politische Kulturen. Abgesehen von Berlin, das hier eine Sondersituation einnimmt, sind in den westlichen Bundesländern die Bindungen an das repräsentative politische System und an den Staat sehr viel stärker als im Osten. Korporatistische Verbandsstrukturen und Appelle an den Staat, der bestimmte Forderungen erfüllen und bestimmte Belastungen mildern soll, stehen hier noch im Mittelpunkt.

In Ostdeutschland haben wir es dagegen in Teilen mit einer wirklichen außerparlamentarischen Bewegung zu tun, die von Staat und Regierung nichts mehr erwartet, die vielfach von einem starken Elitenhass geprägt ist, die eine starke Mobilisierungsfähigkeit aufweist, die derzeit allerdings maßgeblich von der politischen Rechten geprägt und gesteuert wird.

Besonders augenfällig ist die bisher wenig aktive Rolle der Gewerkschaften in den Sozialprotesten. Auch die Tatsache, dass z.B. der Aufruf *Solidarischer Herbst* von zwei DGB-Gewerkschaften – ver.di und GEW – mitgetragen wird, ändert daran nichts. Vor allem der DGB selbst bleibt in einen korporatistischen Rahmen eingebunden, und seine Mitgliedsgewerkschaften vertreten zu den Straßenprotesten unterschiedliche, teils gegensätzliche Positionen. Die IG Me-

tall bündelt derzeit ihre Kräfte in einer schwierigen Tarifrunde für die 3,8 Millionen Beschäftigten der Metall- und Elektroindustrie. Für ver.di und weitere Gewerkschaften stehen demnächst Tarifrunden an. Aber auch erfolgreiche Tarifabschlüsse werden die sozialen Belastungen und die Explosion der Lebenshaltungskosten nicht ausgleichen können, zumal sie nur eine Minderheit der Lohnabhängigen betreffen. Starke Sozialproteste bleiben also bitter notwendig. Tarifkämpfe könnten in ihnen aber als Motor wirken. Wenn sich die Gewerkschaften als demokratische Massenorganisationen hier konfliktfähig zeigen und ihr gesellschaftspolitisches Mandat auch wahrnehmen, könnten sie zu einer gesellschaftlichen Gegenmacht gegen die kapitalistischen Krisenprozesse beitragen und so der politischen Rechten und den Verschwörungsideologen das Wasser abgraben. Die nächsten Wochen und Monate werden zeigen, ob sich die unterschiedlichen Ansätze linken und demokratischen Protestes stärker miteinander verbinden lassen, ob konkrete Kämpfe zu Mieten, Klima, Löhnen etc. miteinander verbunden werden können und ob es den unterschiedlichen Trägern der Proteste gelingt, über ihr jeweiliges Feld hinaus mobilisierungsfähig zu werden.

Nicht zufällig spielen die Themen Krieg, Frieden, Abrüstung, Waffenlieferungen, Sanktionen bisher keine oder nur eine marginale Rolle in den linken Protesten, denn sie haben das Potenzial, ohnehin fragile Bündnisse sofort zu sprengen.

Linke Protestbündnisse – eine Zwischenmeldung

Gemessen an der sozialen Problematik sind die Zahlen der linken „Krisenproteste“ derzeit ernüchternd: Einige hundert Menschen hier, mal 2-3.000 Menschen dort (wie in Erfurt, Leipzig oder Hamburg) oder insgesamt 24.000, die einem bundesweiten Aufruf zu parallelen Demonstrationen in sechs (Groß-)Städten am 22. Oktober für einen #solidarischenHerbst von Gewerkschaften und Verbänden folgen. Der so genannte „Heiße Herbst von links“ scheint bisher nicht in Fahrt zu kommen. Getragen sind die Proteste primär von den Kernen linker Gruppen, Organisationen, linken Parteien, Verbänden und reichen nur selten – wie z.B. in Erfurt – über „ihre Milieus“ hinaus. Die Einigkeit, die es über alle Lager der gesellschaftlichen Linken hinweg zu geben scheint, dass die massiven Preissteigerungen des alltäglichen Lebens und die verfehlte Politik der Ampel hinsichtlich der solidarischen Verteilung der Kosten Protest, Intervention und solidarische Antworten erfordern, übersetzt sich noch nicht in breite (linke) Mobilisierungen „auf der Straße“.

Das liegt nicht nur an der (post-) pandemischen Lage, die es Protestbündnissen erschwert, „sich wieder warm zu laufen“. Auch hilft die Proklamation eines „heißen Herbstes von links“ nicht unbedingt, da solche Erwartungen von der gesellschaftlichen Stimmung, von Krisendiagnose und entsprechenden Lösungsangeboten absehen. Möglicherweise merken viele Menschen auch einfach, so

Christian Zeller, „dass die Krise viele Gesichter hat und ihr mit einfachen Parolen wie ‚Preise runter‘ nicht mehr beizukommen ist“ (ak 686, S. 23).

Insofern stellen sich jetzt Fragen: Was kann die Proteste ausbauen, was kann sie nachhaltig machen? Forderungen nach gezielter Entlastung bei den (Energie-)Preissteigerungen und nach Umverteilung der Krisenkosten finden sich in der einen oder anderen Form in allen „Krisen-Bündnissen“ wieder. Unterscheiden lassen sich die Bündnisse jedoch in der strategischen Herangehensweise, den Adressaten und der Problemdiagnose. So macht es einen Unterschied, ob die derzeitige (Energie-)Preiskrise mit allen sozialen Folgen vor allem als Ergebnis der Wirtschaftssanktionen gegen Russland verstanden wird, was durch ein Ende dieser Sanktionen behoben werden könnte, oder ob sie eher Ausdruck eines krisenhaften Abschieds vom fossilen Wirtschaften sind, wie es im Aufruf zum #solidarischen Herbst nahegelegt wird, wenn explizit gefordert wird, die Abhängigkeit von fossilen Energieträgern zu beenden. Die erstgenannte Diagnose kann zu Problemen in der „Abgrenzung nach rechts“ führen. Denn auch wenn es richtig sein kann, Menschen in ihrem „Unbehagen“ gegen die Sanktionspolitik als Ursache der Energiepreiskrise abzuholen, erschwert dieses Herangehen auf längere Sicht die Auseinandersetzung um Lösungen für die Energie-, Klima- und Gerechtigkeitskrise. Und umgekehrt: Wenn die aktuelle (Energie-)Preiskrise auch in ihrer ökologischen Dimension verstanden wird, öffnen sich die Türen zu den Auseinandersetzungen und Kämpfen zu anderen Bewegungen wie z.B. den Klimagerechtigkeitsbewegungen. Debatten um die „soziale Dimension“ der Klimakrise werden hier schon lange geführt, auch wenn es bisher nicht gelingt, diesen Fokus massenwirksam zu mobilisieren. In der aktuellen Energiepreiskrise jedoch versuchen immer mehr Teile der Klimagerechtigkeitsbewegung „ihre“ Forderung nach (Klima-)Gerechtigkeit stärker auf Fragen der sozialen Gerechtigkeit, der Preispolitik der Energiemärkte und der desaströsen Folgen des privatwirtschaftlich organisierten Energiesektors zu fokussieren.

Ob es allerdings gelingt, das Politisierungs- und Mobilisierungspotenzial der Klimagerechtigkeitsbewegung für soziale Krisenproteste zweiter Ordnung mitzunehmen, bleibt offen – und hängt auch von den „Krisenprotesten“ selbst ab. Wie ein britischer Klimaaktivist der ersten Stunde letzters formulierte: „It is the climate justice movement that has the power to realize it’s social justice potential right now and here, and therefore the obligation to do so. It should not fuck up this task.“ Wenn in Frankreich eine Gewerkschaftsdemonstration im Oktober zehntausende Menschen auf die Straße bringt gegen die Teuerungsspirale und für die Beschleunigung der Maßnahmen gegen den Klimawandel, ist dies ein starkes Zeichen, dass es gelingen kann.

Dies bringt mich zu meiner abschließenden Frage, mit wem nicht nur der Protest auf die Straße getragen werden, sondern mit wem „Gesellschaft in Bewegung“ gebracht werden soll. Hier bietet die *Genug ist Genug* Kampagne einen Ansatz, der sich von der allgemeinen Anrufung eines „Betroffenen Wir“ unterscheidet. *Genug ist genug* geht davon aus, dass es für eine erfolgreiche und nachhaltige Kampagne gegen „die steigenden Preise und die soziale Schieflage“ zum einen

eines konkreten Hebels der Auseinandersetzung bedarf. Den sehen die Initiator:innen in den anstehenden gewerkschaftlichen und betrieblichen Tarifaufeinandersetzungen. Zum anderen braucht es aber auch breit angelegte Orte der Begegnung, des Austauschs und des Organisierens. Deswegen verbinden sie das Element des Protests (Beteiligung an Bündnisdemonstrationen) mit dem Aufruf, flächendeckend und lokal diese Gelegenheiten zu organisieren (durch so genannte Indoor Rallys), die Verbindungen zwischen verschiedenen Menschen schaffen, die von den Preissteigerungen betroffen sind und die die anstehenden Kämpfe um Löhne als Weg begreifen, auf die Preissteigerungen erfolgreich zu antworten.

Auch andere Akteure – besonders im Osten und in den kleineren Städten – versuchen, die Kritik an der Teuerungsspirale und sozialer Schieflage mit Formen solidarischer Praxis zu entwickeln. Wenn beispielweise *Kochend-heißer-Herbst* in Rostock zu einer regelmäßigen öffentlichen „Küche für alle“ und Gesprächen einlädt, ist dies nicht nur als „Gegenwehr“ gegen die Allgegenwart der rechten Protestkultur zu verstehen, sondern auch ein Versuch, Anlaufstellen, Gespräche und Unterstützung anzubieten. Auch *#nichtmituns* aus Thüringen probiert einen solchen Weg, wenn es sich in kleineren Orten mit den lokalen solidarischen Strukturen verbindet und Angebote schafft, die über den einmaligen Protest hinausreichen. Gerade für Fragen, die in der Energiepreiskrise liegen, kann dies zu einem gegenseitigen Gewinn werden. Denn diese müssen ggfs. neu justiert werden, Forderungen können neu entstehen oder anders priorisiert werden, unterschiedliche oder konträre Positionierungen werden bearbeitbar. Hier sind linke oder progressive Flächenorganisationen (wie z.B. DIE LINKE oder auch Wohlfahrtsverbände) gefordert, solche Aktivitäten – auch ohne Emblem – zu unterstützen oder eigene Angebote, wie auch so genannte Haustürgespräche, zu entwickeln.

Deshalb gehört zu einer „linken Krisenpolitik“ auch das, was diese Akteure beitragen können: Sei es der Kampf der kleinen und größeren Institutionen der Daseinsvorsorge oder gemeinnütziger sozialer Infrastrukturen gegen die auch sie betreffende massive Steigerung der Energiekosten, was der Paritätische¹ gut auf den Punkt bringt, oder die Verabschiedung staatlicher Programme gegen die Energiepreiskrise (Nothilfen, Schutzschirme oder das Verbot von Räumungen und Energiesperren)² durch linke Kommunal- oder Landesregierungen.

Ja, bei all dem was sich abzeichnet, braucht es irgendwann auch eine bundesweite progressive Klammer oder einen gemeinsamen Bezugspunkt und größere Abstimmungen über Rahmung und Zuspitzung untereinander. Das ist nicht am „grünen Tisch“ zu lösen und so bleibt derweil: Weiterhin praktisch solidarisch zu handeln, zusammenzukommen, sich abzustimmen, ohne die Vielfalt aufzugeben oder die Differenzen zu negieren.

Corinna Genschel

¹ <https://www.der-paritaetische.de/alle-meldungen/umfrage-in-sozialen-einrichtungen-zu-steigenden-energiekosten-90-prozent-der-einrichtungen-und-dienste-sind-gefaehrdet/>

² Siehe dazu eine Zusammenstellung unter <https://www.susannehennig.de/2022/10/dann-eben-auf-landesebene/>

Gewerkschaften, Sozialer Protest und Klassenbewusstsein

Wie heiß wird der Herbst und welche Rolle spielen die Gewerkschaften darin? Diese Frage, die in Anbetracht der Herausforderungen der Klimakrise mindestens doppeldeutig ausgelegt werden könnte, prägt aktuell einen Teil des Diskurses in den Gewerkschaften. Auch in Abgrenzung zu den Aufrufen der AfD wird der Begriff des heißen Herbstes hierbei allerdings weitgehend vermieden. Stattdessen wurde zu einem solidarischen Herbst aufgerufen. Einen ersten größeren Aufschlag gab es bundesweit am 22. Oktober. In sechs Städten gingen über 24.000 Menschen unter dem Motto *Solidarischer Herbst - Soziale Sicherheit schaffen, Energiewende beschleunigen* auf die Straße. Das ausrichtende Bündnis wurde neben Akteuren wie Campact, dem BUND und dem Paritätischen Gesamtverband von den beiden DGB Mitgliedsgegewerkschaften ver.di und der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) getragen.¹

Das Fehlen des DGB-Logos unter dem Bündnisaufruf macht sichtbar, dass es auf Bundesebene keine Einigung der DGB-Gewerkschaften gab, sich an diesen Protesten zu beteiligen. Die Entscheidung über die Beteiligung wurden den gewerkschaftlichen Strukturen vor Ort überlassen. Dies erfolgte teils mit eigenen Aufrufen, so auch dem des DGB-Bezirks Hessen-Thüringen², der inhaltlich nicht hinter den Aufruf des bundesweiten Bündnisses zurückfällt, sondern die Forderung nach Umverteilung noch deutlicher betont. Es zeigt sich, dass es eine besondere Herausforderung für die Gewerkschaftsbewegung ist, angesichts der multiplen Krisen, die den aktuellen politischen Diskurs prägen, schnell zu gemeinsamen Positionen zu kommen und diese zeitnah an die sich rasch ändernde Situation anzupassen.

Einig sind sich die Gewerkschaften darüber, dass die aktuellen Belastungen durch Inflation und insbesondere Energiepreise nicht allein durch Tarifpolitik aufgefangen werden können. Deutlich wird das bei den Forderungen der IG Metall in den aktuellen Tarifverhandlungen für die Metall- und Elektroindustrie. Neben einer Entgelterhöhung von acht Prozent bei einer Laufzeit von zwölf Monaten betont sie die Verantwortung der Politik für die Entlastung der Beschäftigten.³ Von Seiten der Arbeitgeber:innen wird diese Forderung als aus der Zeit gefallen bezeichnet. Tatsächlich aber würde die Erhöhung den Kaufkraftverlust der Beschäftigten lediglich abfedern, nicht ausgleichen. Dafür sprechen aktuelle Prognosen zur Inflationsentwicklung.⁴

Um hier für Entlastungen der Beschäftigten zu sorgen, haben die Gewerkschaften in den vergangenen Monaten insbesondere einen Strom- und Gaspreisdeckel

¹ Demos zum solidarischen Herbst s. www.solidarischer-herbst.de.

² <https://hessen-thueringen.dgb.de/echtgerecht>

³ <https://www.igmetall.de/tarif/tarifrunden/metall-und-elektro/metall-tarifkommissionen-fordern-8-prozent>.

⁴ <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/5851/umfrage/prognose-zur-entwicklung-der-inflationsrate-in-deutschland/>

als zentrales politisches Steuerinstrument gefordert. Der dazu vorgestellte Entwurf der von der Bundesregierung eingesetzten Expert:innen Kommission kam unter Beteiligung der Gewerkschaften zu Stande. Das ist ein großer Erfolg der Gewerkschaften, wenngleich noch Nachbesserungsbedarf insbesondere darin besteht, dass die Gaspreisbremse erst ab März 2023 greifen soll.

Der Umgang mit den Demonstrationen zeigt, dass es in den Gewerkschaften unterschiedliche Ansichten darüber gibt, mit welchen Instrumenten sie die Forderung nach Entlastungen zur Umsetzung bringen können. Hierbei spielt die Zugehörigkeit zu einer Gewerkschaft weniger eine Rolle als die persönliche Einschätzung der Akteure. Einige setzten hierbei verstärkt auf den Dialog mit der Bundes- und den Landesregierungen, andere sind überzeugt davon, dass den Forderungen Nachdruck durch Aktionen und Demonstrationen verliehen werden muss.

Die Bedenken der Gewerkschaften hinsichtlich ihrer Beteiligung an den Protesten sind vielschichtig. Es gibt bei ihnen unterschiedliche Einschätzungen zur Mobilisierungsfähigkeit. Gewerkschaften, die sich aktuell in Tarifauseinandersetzungen befinden, müssen sich überlegen, wie sie ihre Kräfte einteilen. Die Perspektive hierbei ist, die sozialen Proteste und die Tarifauseinandersetzungen nicht gegeneinander zu stellen, sondern diese miteinander zu verbinden. Insbesondere dann, wenn die Erkenntnis vorherrscht, dass die Inflation nicht über die Tarifverhandlungen allein ausgeglichen werden kann. Dies ist auf der Kundgebung in Frankfurt teilweise gelungen. An der Demonstration haben sich nach Angaben der Veranstaltenden über 5.000 Menschen beteiligt. Die Beschäftigten der von der Schließung bedrohten Frankfurter Binding Brauerei haben ihren Arbeitskampf sehr prominent an der Spitze der Demonstration vertreten. Studentische Beschäftigte haben einen eigenen Tarifvertrag eingefordert. In Sprechchören erklang die Forderung nach höheren Löhnen, nach Streiks und auch konkret die Forderung nach acht Prozent Lohnerhöhung aus der IG Metall Tarifrunde.

Einige Gewerkschafter:innen sehen in den Protesten das Risiko, die aktuelle Regierung zu sehr zu beschädigen und damit politischen Kräften Vorschub zu leisten, die den Anliegen der Beschäftigten weniger Bedeutung zukommen lassen als dies bei der Ampel der Fall ist. Der Einwand scheint, angesichts einer aktuell geringen Perspektive auf eine progressivere Regierung, berechtigt. Soziale Proteste würden aber gerade die Positionen der progressiven Kräfte in den Regierungsparteien stärken. Es wäre falsch, den Rechten die Proteste zu überlassen und somit den Beschäftigten keine gewerkschaftlich geprägte Handlungsperspektive auf der Straße zu geben. In der innergewerkschaftlichen Debatte hört man auch immer wieder die Sorge, politisch anzuecken und damit Mitglieder zu vergraulen. Allerdings ist es das überparteiliche, aber politische Profil, das den DGB auszeichnet. Und viele Mitglieder in den DGB-Gewerkschaften erwarten zu Recht, dass ihre Interessensvertretung politisch klar Stellung bezieht.

Wie heiß der Herbst wird, ist ähnlich schwer abzuschätzen, wie die aktuelle wirtschaftliche und politische Entwicklung. Sicher ist, dass das Mobilisierungspotential der Gewerkschaften, bei Bündelung der Kräfte, deutlich höher liegt als bisher gezeigt.

Die breite Beteiligung von Gewerkschafter:innen an den sozialen Protesten eröffnet zudem eine weitere Perspektive. Analog zu den betrieblichen Kämpfen, bei denen Gewerkschaften individuelle Interesse zu kollektiven Kämpfen bündeln, bieten die Sozialproteste den Beschäftigten über die Betriebe und Branchen hinweg die Chance, ihren Forderungen Wirkungsmacht zu verleihen. Die Sorge vor ansteigenden Lebensmittelpreisen, Energie- und Wohnkosten sind hierbei ein verbindendes Element. Die Nöte von Kolleg:innen aus ganz anderen Berufsbereichen werden für alle Beteiligten in den Protesten nachvollziehbar, da sie der eigenen Lebensrealität entspringen. Darin liegt das Potential, dass zukünftig auch beispielsweise die Industriearbeiter:in oder die Pflegekraft verstärktes Verständnis für die Arbeitskämpfe der Bahnbeschäftigten oder der Erzieher:innen aufbringen. Das kollektive Erlebnis gemeinsamer, sozialer Kämpfe erzeugt und stärkt somit das Klassenbewusstsein der Beschäftigten.

Für einige Gewerkschafter:innen mag dies wiederum so klingen, als sei das aus der Zeit gefallen. Mit dem Verweis auf die Sozialpartnerschaft wird dann darauf verwiesen, diese habe den Klassenkampf abgelöst. Aber es ist gerade das Klassenbewusstsein, das die gewerkschaftlichen Machtressourcen speist und den Arbeitnehmer:innen somit überhaupt erst die Grundlage bietet, in einer Sozial- oder Konfliktpartnerschaft auf Augenhöhe aufzutreten. Die Beteiligung an sozialen Protesten bietet den Gewerkschaften daher über die unmittelbaren Forderungen hinaus auch eine Perspektive auf Erneuerung und Stärkung ihrer Wirkungsmacht.

Jens Liedtke

Genug ist Genug

Schaut man auf die hiesige gesellschaftliche Linke, sieht es einigermaßen mau aus. Das ist paradox, denn wir erleben eine der schwersten wirtschaftlichen und sozialen Krisen seit 2008/09 und der Ärger über die Bundesregierung wächst unaufhörlich. Nach der Coronakrise kommt, angetrieben durch den Krieg in der Ukraine eine Dynamik in Gang, die den Krisenmodus der vergangenen Jahre permanent fortschreibt. Linke Forderungen nach Markteingriffen, Umverteilung und sogar Vergesellschaftung erlangen politische Mehrheiten. Nur: es fehlt der politische Akteur, diese Stimmung und auch diese Forderungen in reale Machtpolitik umzumünzen.

Die Partei Die LINKE befindet sich im Modus der Selbstzerstörung bzw. der Abspaltung, die Gewerkschaften finden sich eingebunden in der konzertierten Aktion der Bundesregierung oder vor schwierigen Lohnkämpfen, in denen es überhaupt um den Inflationsausgleich geht. Weitere linke Organisationen oder die üblichen Bündnisse konnten bisher nicht über das eigene Spektrum hinaus mobilisieren. Auch die ansonsten mobilisierungsstarke Klimabewegung befindet sich in einer strategischen Sackgasse zwischen Grünen-Parteitag, Großdemos und folgenlosen Kunstaktionen. Die Massenmobilisierung der Wut über die Energiepreise findet, wenn überhaupt, von rechts statt, und das vor allem in kleineren und mittelgroßen Städten im Osten.

Nüchtern betrachtet ist es nicht gerade die Zeit für einen linken Aufbruch. Der Pessimismus des Verstandes kann nicht anders, als zu dieser Einschätzung zu kommen. Vielleicht ist es dem Optimismus des Willens geschuldet, dass wir in der *Jacobin-Redaktion* dennoch eine Kampagne ins Leben gerufen haben, die versucht, Sozialproteste und gewerkschaftliche Tarifikämpfe miteinander zu verknüpfen.

Wir gründeten *Genug ist Genug* Ende August dieses Jahres, weil wir feststellten, dass es eine strategische Lücke in der Krisenbearbeitung der Linken gab. Weder gab es einen Plan, der über die typische Großdemo hinausweist, noch eine Idee für eine langfristige Organisation rund um materielle Interessen. Zuletzt gibt es keine Form, in der diejenigen, die unter der Krise am meisten leiden, und Beschäftigte, die um höhere Löhne streiten, sich zusammenfinden im linken Protest.

Uns hat, wie so häufig, ein Beispiel aus der anglophonen Linken inspiriert. Unsere Kolleginnen und Kollegen des britischen *Tribune Magazines*, unserer Schwesternzeitschrift in UK, haben gemeinsam mit den streikenden Eisenbahnern der Gewerkschaft RMT, aber auch der Gewerkschaft CWU und Community Organisationen eine Kampagne gegen die Krise der Lebenshaltungskosten (cost of living crisis) gestartet. *Enough is Enough* drückt mit simplen aber radikalen Forderungen und durch klassenkämpferische Statements der tragenden Figuren den Protest gegen die konservative Regierung aus, den die derzeitige Labour Opposition nicht in der Lage ist zu artikulieren. Vor wenigen Wochen mobilisierten sie so knapp 100.000 Menschen, um gegen die Regierung zu protestieren.

Wir können nicht alles aus dieser Kampagne übernehmen, denn die Verhältnisse mit der Ampelregierung und unser korporatistisches Arrangement sind andere. Dennoch haben wir die Kampagne ins Deutsche übertragen, weil sich aus der populären klassenkämpferischen Ansprache und der strategischen Verzahnung mit Gewerkschaften und Streiks etwas übernehmen lässt, das universal gilt: die Arbeiterklasse als nicht-einheitliches aber mindestens doch schlagkräftiges Subjekt zu denken, oder als viele Subjekte, die um ihre Interessen herum organisiert werden müssen. Und wenn das gerade nicht in einer Partei gelingt, so kann eine Kampagne zumindest zeitweise der Ort sein oder die Plattform, von der aus sich Proteste organisieren und Streiks solidarisch begleiten lassen.

Als wir anfangen, hatten wir nicht mehr als sechs Forderungen und Social Media-Kanäle. Aber die Aufmerksamkeit wuchs schnell und viele schlossen sich spontan an, weil wir einen Nerv getroffen hatten. Erst im Anschluss kam die Anbindung an einzelne Fachbereiche der Gewerkschaft ver.di in Berlin, an die Berliner Krankenhausbewegung und an einzelne andere Teile von Gewerkschaften bundesweit. Man könnte also sagen, wir mussten die Bewegung mühsam vom Kopf auf die Füße stellen.

Nun gibt es nach sechs Wochen (Stand jetzt, Mitte Oktober) 32 Ortsgruppen, die sich mehr oder weniger spontan gebildet haben. Wir haben in Berlin eine erste Saalkundgebung, eine Rallye, veranstaltet, bei der vor allem Beschäftigte aus der Stadtreinigung, den Wasserbetrieben, der Deutschen Post, aber auch von

Armut Betroffene und der Krankenhausbewegung gesprochen haben. Das Besondere an der Veranstaltung war, dass von ihr die Stimmung ausgeht, dass man gemeinsam etwas gewinnen kann. Allein das ist in der deutschen Linken keine Selbstverständlichkeit.

Nun müssen wir den Beweis antreten, dass sich auch in anderen deutschen Städten diese Veranstaltung wiederholen lässt. Und wir müssen auch zeigen, dass wir Formen finden, um mehr Menschen als über die üblichen Kreise hinaus anzusprechen. Die kommenden Tarifauseinandersetzungen in der Metall- und Elektroindustrie sowie im Öffentlichen Dienst werden eine Signalwirkung haben, weshalb der strategische Bezug auf diese Kämpfe nicht nur real ein Macht- hebel ist, er wird auch kommende linke Auseinandersetzungen prägen. Allen voran steht der Gedanke, den der Vorsitzende der britischen Gewerkschaft RMT in einem Interview formulierte: die Arbeiterklasse ist zurück, aber nicht bloß als Idee, sondern als Bewegung.

Es gibt keine Erfolgsgarantie für diesen Weg, weil diese Krise dynamisch ist und immer wieder erfordert, die Strategie anzupassen. In einer Lage der relativen politischen Depression von links schien es uns aber auch falsch, *nichts* zu tun. Der Zulauf in den ersten Wochen ist zumindest ein Zeichen dafür, dass der Bedarf da ist und auch, dass die Anrufung an einen solidarischen oder heißen Herbst allein nicht reicht. Die Linke muss größer werden, nicht kleiner, und die üblichen Wege der Mobilisierung dafür verlassen.

Ines Schwerdtner

„Heizung, Brot und Frieden“ – das Berliner Bündnis bringt linke Kritik an der Ampel-Politik auf die Straße

Der heiße Herbst – in Berlin, kommt er nur schwer in Gang. Und außerhalb von Berlin gelingt es rechten Gruppen und insbesondere der AfD zunehmend, die Proteststimmung für sich zu nutzen. Das liegt auch am Unvermögen der Linken. Eine rühmliche Ausnahme ist das Bündnis *Heizung, Brot und Frieden*, das bis Mitte Oktober als Einziges zwei nennenswerte linke Mobilisierungen in Berlin zustande gebracht hat.

Als sich das Bündnis *Heizung, Brot und Frieden* gründete, dauerte es nicht lange und die linke Verwandtschaft reagierte mit Unterstellungen und übler Nachrede. Akteure erhielten Anrufe, wie könne man mit diesem oder jenem überhaupt zusammenarbeiten. Die üblichen Vorwürfe kamen: Das Bündnis grenze sich nicht von Rechten und Schwurblern ab, es sei nicht Russland-kritisch genug und stehe unter der Kontrolle von *Aufstehen*, der von Sahra Wagenknecht initiierten Sammlungsbewegung.

Mit der Realität hatten die Unterstellungen wenig zu tun, viel mehr mit Angst vor Kontrollverlust, mit Strömungskonflikten in der LINKEN und mit der Strategie von Teilen der Linken, einerseits die Proteststimmung für sich nutzen, andererseits aber auch nicht zu hart gegen die Ampel, schon gar nicht gegen deren Grüne

Minister, angehen zu wollen. Diese Beißhemmung hat *Heizung, Brot und Frieden* nicht und hat seine erste Kundgebung direkt vor der Bundeszentrale der Grünen abgehalten. Es war ein überraschender Erfolg mit über tausend Teilnehmern.

Damals, Anfang September, standen Forderungen im Zentrum, die später von der Ampel aufgegriffen bzw. umgesetzt wurden: Nein zur Gasumlage und ja zu einem Gaspreisdeckel. Die Gasumlage ist seither gefallen bzw. wird sie, statt vom Gas-Verbraucher, vom Steuerzahler finanziert.

Bei der Mobilisierung zur Demo am Tag der deutschen Einheit standen der Gaspreisdeckel und die Besteuerung von Krisengewinnen im Mittelpunkt, außerdem die Deckelung der Lebensmittelpreise und die Vergesellschaftung der Energieversorgung. Forderungen der Mieterbewegung und der Gewerkschaften in den aktuellen Arbeitskämpfen wurden mit aufgenommen. Auch diese Mobilisierung war erfolgreich: 1.500 Menschen nahmen teil.

Nun hat die Ampel den Gaspreisdeckel verkündet. Er kommt unverschämt spät, aber er kommt. Eine Extra-Gewinnsteuer wird EU-weit diskutiert. Heißt das, dass der Protest erfolgreich war und nun eingestellt werden kann? Natürlich nicht. Folgende Herausforderungen stellen sich:

Erstens: Der Protest wird ohnehin weitergehen. Die Preise werden auch mit dem Deckel steigen und die Übernahme des Dezember-Abschlags wird nur ein Tropfen auf den heißen Stein sein. Die Inflation ist auf Rekordhoch, im kommenden Jahr droht eine Rezession, viele Industriebetriebe wollen Arbeitsplätze ins Ausland verlagern, der Einzelhandel fürchtet eine Pleitewelle, der Mittelstand ist in Gefahr.

Auch wenn wir es von Berlin aus gerne übersehen: In Ostdeutschland gehen derzeit jede Woche Hunderttausend auf die Straße. Die Tragik ist dabei: Oft haben Rechte das Kommando übernommen. Und die Linke ist daran nicht unschuldig: Während sie Versuche von lokalen Linken, die Proteste anzuführen, argwöhnisch bäugte und oft sogar diffamiert hat, gewann die AfD, die sich zunächst schwertat, Protest zu organisieren, Zeit. Jetzt laufen Tausende dem Banner der AfD hinterher, von denen viele auch für linken Protest zu gewinnen gewesen wären. Linke dürfen den Kampf um die Köpfe und Herzen der Betroffenen nicht aufgeben.

Zweitens: Mittlerweile haben sich weitere linke Protestbündnisse in Berlin gebildet. Es wird langsam unübersichtlich und die Aufgabe wird darin bestehen, sektenhafte innerlinke Abgrenzungsrituale beiseite zu schieben und zusammenzuarbeiten. *Heizung, Brot und Frieden* ist dazu bereit.

Drittens: Die Mobilisierung muss den engen Rahmen der linken Organisationen überwinden und unorganisierte, unpolitische Leute, ja, auch Leute, die nicht links sind, ansprechen. Unser Anspruch muss sein, die Opfer der Ampel-Politik auf die Straße zu bringen. Deshalb hat sich *Heizung, Brot und Frieden* vorgenommen, Kundgebungen in Wohnquartieren durchzuführen. Mitte Dezember wird eine Kundgebung in Lichtenberg stattfinden.

Viertens: Dort, wo nicht in erster Linie urbane Akademiker und Funktionäre von Stiftungen, Gewerkschaften und Parteien auf die Demos gehen, sondern Be-

troffene aus Industrie- und Handwerksbetrieben, wird nicht ohne Grund die Forderung nach Beendigung der Wirtschaftssanktionen gegen Russland erhoben. Doch obwohl der Zusammenhang zwischen den Sanktionen und den sozialen Verwerfungen, gegen die wir protestieren, evident ist, bleibt die Frage, ob man die Beendigung zumindest einiger Sanktionen, fordern soll, in allen linken Zusammenhängen umstritten.

Das Bündnis *Heizung, Brot und Frieden* hat für dieses Problem, das andernorts als Spaltpilz wirkt, eine salomonische Lösung gefunden: Die Kritik an den Sanktionen ist nicht Konsens des Bündnisses und wird nicht gemeinsam vertreten. Sehr wohl aber ist es den einzelnen Partnern im Bündnis möglich, auch auf unseren gemeinsamen Kundgebungen und Demos, diese Kritik zu äußern, sofern dies als Position der jeweiligen Organisation kenntlich gemacht wird.

Fünftens: De facto hatte das Bündnis *Heizung, Brot und Frieden* bislang keine größeren Probleme mit rechten Unterwanderungsversuchen. Die Diskussion darüber, wie man solche verhindert, nahm dennoch bei der Vorbereitung der Aktivitäten breiten Raum ein. Ausschließen kann man das eh nicht vollständig und die Jagd nach entsprechenden Fotomotiven bleibt ein Lieblingssport derjenigen, die jeden Protest delegitimieren wollen.

Heizung, Brot und Frieden hat klare Festlegungen und ein Ordnerkonzept, mit denen wir Rechte und ihre Inhalte und Embleme auch weiterhin von unseren Kundgebungen und Demos fernhalten werden. Willkommen sind uns hingegen alle, die unsere linken Forderungen teilen und diese mit uns durchsetzen wollen.

Alexander King

LINKE Vorschläge gegen die Krise

Bereits im Juli hat die Partei DIE LINKE einen 5-Punkte-Plan vorgelegt, wie auf die Krise reagiert werden kann. Damals haben wir *erstens* zielgerichtete Entlastungen, vor allem auch die Anhebung von Hartz IV, gefordert, *zweitens* einen Gaspreisdeckel, *drittens* ein sofortiges Verbot von Strom- und Gassperren, *viertens* einen Schutzschirm für kommunale Unternehmen, finanziert durch eine Übergewinnsteuer, und *fünftens* ein Milliardensondervermögen für den Ausbau Erneuerbarer Energien. Letzteres ist sowohl eine Ansage gegen die Milliardenaufrüstung, die Deutschland keinen Deut sicherer macht, als auch eine Perspektive, um sich aus der Abhängigkeit fossiler Energieträger zu befreien. Stattdessen wurden unter der Ampel neue Verträge über Flüssiggas abgeschlossen, die mitnichten nur zur Überbrückung dienen, sondern Laufzeiten von 15 bis 20 Jahren haben.

Am 24. Oktober hat die Partei ein detailliertes Konzept für einen Gas- und Strompreisdeckel nach dem Vorbild der Bremer LINKEN vorgestellt. Die Gaspreisbremse der Bundesregierung ist ein Subventionsprogramm für Energieunternehmen und entlastet Reiche stärker als Arme: Nach der Gasumlage der nächste Ampel-Griff ins Klo. Wir schlagen ein Grundkontingent eines durchschnittlichen Verbrauchs von 10.000 kWh vor, wovon 25 Prozent kostenfrei sind, der Rest auf

9 Cent pro kWh gedeckelt. Alles, was darüber liegt, wird signifikant teurer und somit werden die Vielverbraucher – was statistisch gesehen eher die Reichen sind – an der Finanzierung des Deckels mitbeteiligt. Mehr als 80 Prozent der Haushalte würden so spürbar entlastet. Beim Strompreis dasselbe: Grundkontingent pro Person 1.200 kWh jährlich, davon 25 Prozent kostenfreier Sockelbetrag, ab 110 Prozent des Verbrauchs steigen die Preise. Außerdem fordern wir ein einkommensabhängiges Inflationsgeld für untere und mittlere Einkommen in Höhe von 125 Euro plus 50 Euro für jede weitere Person im Haushalt. Für Dezember 2022 sollte ein Weihnachtzuschlag von weiteren 125 Euro pro Haushalt gezahlt werden. Mit solchen gezielten Entlastungsmaßnahmen können Menschen mit niedrigen und mittleren Einkommen gut durch den Winter kommen.

DIE LINKE arbeitet bereits mit vielen zivilgesellschaftlichen Akteuren zusammen. In unserem lokalen *Heißer-Herbst*-Bündnis in Lüneburg sitzen viele an einem Tisch: von Antifa und Seebrücke über Fridays for Future und Mieterinitiative, DIE LINKE und Gewerkschaften bis hin zum Friedensbündnis und der VVN-BdA. Die soziale Krise ist ein Thema, das uns alle betrifft und wir wollen nicht für Konzernprofite frieren. Viele Genoss:innen mischen sich in der Kampagne *Genug ist Genug* ein, und auch bei den *Solidarischer Herbst*-Demonstrationen, von einem breiten, vom Paritätischen Wohlfahrtsverband und anderen angestoßenen Bündnis, waren wir als LINKE gut vertreten. Jetzt ist die Frage, wie es weitergeht und wie man langfristige Strukturen abseits von Großdemonstrationen aufbaut. Auf jeden Fall wollen wir bei den kommenden Tarifauseinandersetzungen, z.B. in der Metall- und Elektroindustrie, an der Seite der Beschäftigten stehen. Wenn der Staat die Sekundärverteilung unzureichend angeht, müssen wir über die Primärverteilung Gerechtigkeit durchsetzen.

Durch eine Übergewinnsteuer von 90 Prozent könnten 100 Milliarden in die Kassen gespült werden, wie eine Studie der Rosa Luxemburg Stiftung ergab. Das wäre schon mal ein Ansatzpunkt. Spanien finanziert jetzt mit der Übergewinnsteuer kostenfreien ÖPNV. Hinzu müssten Vermögenssteuern treten. Wenn die Ampel nicht über Nacht hundert Milliarden für Bundeswehr und weitere Milliarden für Aufrüstung verballern würde, wäre den Menschen auch mehr geholfen. Die Aufrüstung passiert allerdings nicht erst seit diesem Jahr, sondern wird bereits seit Jahren vorangetrieben. Beim Sondervermögen hat man die Gunst der Stunde und die Schockstarre der Bevölkerung gnadenlos ausgenutzt. Das Perverseste war, dass die große Friedensdemonstration im Februar in Berlin als Mitbegründung für diese größte Aufrüstung seit dem 2. Weltkrieg angeführt wurde. Aufrüstung schafft allerdings niemals Frieden, nötig wäre eine diplomatische Offensive, Abrüstung und Entspannungspolitik. Der Zwang zur Aufrüstung und die bedrohliche Skizze eines ‚äußeren Feindes‘ kleistern die Widersprüche und Klassenkämpfe im Inneren zu. Das dürfen wir als LINKE nicht zulassen.

Es ist eine schwierige Frage, wie sich in den sozialen Protesten eine Vereinnahmung von rechts verhindern lässt. Es ist die Strategie der Querfront, zu linken Demonstrationen aufzurufen und diese zu stören, zu kapern und letztlich zu verunmöglichen. Wir dürfen uns aber vom öffentlichen Diskurs, der munter mit

den Extremismus-Hufeisen um sich wirft, nicht ins Bockshorn jagen lassen. Es war sehr wichtig, dass DIE LINKE die erste Kraft war, die im Rahmen eines „heißen Herbstes“ zu Protesten aufgerufen hat. Gerade im Osten werden aber die Montagsspaziergänge der Rechten meist besser angenommen als die zivilgesellschaftlichen Proteste unter linker Beteiligung. Die Rechten können dort auf Strukturen zurückgreifen, die in den letzten Jahren aufgebaut wurden (Pegida, Anti-Corona). Hier müssen wir ebenfalls langfristige Strukturen aufbauen – wo es unsere Ressourcen erlauben. Als LINKE müssen wir aktivierende Konzepte erarbeiten, die den „heißen Herbst“ in einen „roten Winter“ weiterentwickeln. Denkbar wäre eine Unterschriftenkampagne für unser Modell des Energiepreisdeckels.

Es ist immer wichtig, gegen Nazis Stellung zu beziehen und durch klassische Antifa-Arbeit ihre Demonstrationen zu bekämpfen wo es nur geht. Das reicht allerdings in der sozialen Krise nicht aus. Das wirksamste Mittel gegen den Aufstieg des Faschismus ist eine gerechte Sozialpolitik, die niemanden im Regen stehen lässt. Als Opposition müssen wir hier sowohl auf der Straße und in den Parlamenten als auch in den Betrieben laut sein und aktive Solidarität mit Beschäftigten in gewerkschaftlichen Auseinandersetzungen üben.

Daphne Weber

Heißer Herbst in Stralsund

Inzwischen hat Stralsund, das sich bei vielen Ostdeutschen als Urlaubsziel einen Namen gemacht hat, auch einen Ruf in der Politik erworben, der sehr kontrovers diskutiert wird. Dazu trugen solche Veranstaltungen wie die *Stralsunder Russlandtage*, Veranstaltungen an Thälmanns Ehrenmal oder auch am Sowjetischen Ehrenmal bei. Doch in der letzten Zeit dringen die Nachrichten von Montag- und Mittwochs demos und Autokorsos auch weit ins Land. Weil ich es selbst erlebt habe, würde ich das durchaus mit der Zeit im Herbst 1989 vergleichen. Der Anteil der „Zufriedenen“ mit der Politik „von Oben“ nimmt ständig ab. Die Zeit „schreit“ nach Veränderungen.

Zusammenfassend kann man zur Situation in Stralsund folgendes sagen:

Für Forderungen, die wir noch bis August auf unseren Mahnwachen erhoben haben, würden wir jetzt „belächelt“ werden. Die Teilnehmer der Protestveranstaltungen sind inzwischen erheblich weiter in ihren Meinungen. Weder DIE LINKE noch die AfD haben wie angekündigt einen heißen Herbst organisieren können. Die Organisatoren kommen aus dem Mittelstand. Deswegen sind auch Vertreter und Vertreterinnen DER LINKEN immer als Einzelpersonen angetreten, obwohl die Stralsunder schon wissen, wer auf der Bühne steht. Allerdings: Prominente unserer Partei waren auch als Vertreterinnen eines *Friedensbündnisses Stralsund* nicht erwünscht.

Alle Veranstaltungen verlaufen friedlich. Die Organisatoren verstehen sich als gute Partner der Polizei. Zwar weiß Ronny Poge (dieBasis), der Organisator der

Montagsdemos, von vorbereiteten Provokationen, die von der *Ostseezeitung* organisiert worden sein sollen, zu berichten. Aber vielleicht ist er auch sauer, weil die regelmäßig stattfindenden Montagsdemos in diesem Presseorgan einfach übergangen werden. Alle Veranstaltungen finden inzwischen in Stralsund einen massenhaften Widerhall. Allein die 1. Mittwochsdemo als überparteiliche Alternative der Sozialproteste brachte 4.000 auf den Markt und gatte zudem 15.000 „Follower“ im Livestream der *Ostseezeitung*. Die Zeitung berichtete am 23. 9. 2022 unter der Überschrift „Größte Nach-Wende-Demo: Was treib die Leute auf die Straße?“ davon. Bei ca. 60.000 Einwohnern ist das ganz erheblich. In Stralsund findet man kaum noch Gegner dieser aktuellen Veranstaltungen.

Da die Diskussionsbeiträge von „Einzelpersonen“ kommen, wird keine Benennung von guten oder schlechten Parteien ermöglicht. Eine Ausnahme gibt es dabei doch: Die Erwähnung der GRÜNEN führt immer wieder zu Protestpfeifen aus der Menge heraus.

Die Problematik der gegenwärtigen Situation ist wohl allen bewusst. Die Meinungen dazu unterscheiden sich kaum voneinander. Eine antirussische Stimmung ist nicht zu erkennen. Eher ist das Verständnis für die Situation Russlands von Mal zu Mal größer geworden. Das bedeutet aber nicht, dass Russlands kriegsgerisches Vorgehen gutgeheißen wird.

Von vielen Rednern und Rednerinnen wird kritisiert, dass sich die Gewerkschaften nicht beteiligen. Auch Alleingänge besonders DER LINKEN locken niemand mehr hinter dem Ofen vor. Es gibt ja auch kein gemeinsames Konzept, wie diese Partei und mit welchen Losungen sie sich beteiligen will. Die unterschiedlichen Strömungen in der Partei, deren Forderungen von „Ampelnähe“ bis „Russlandfreundlichkeit“ reichen, lässt sie ja selbst in der Öffentlichkeit lächerlich dastehen. Die Programmatik der LINKEN, aufgestellt 2011 auf dem Erfurter Parteitag, wurde später immer mehr der „aktuellen Situation“ angepasst. Was gilt denn nun? Parteitagsbeschlüsse oder das Programm? Und eine Kritik an der Schweriner Regierung von SPD und LINKEN kommt schon gar nicht in Frage. Schließlich ist man den „Amplern“ sowohl in Berlin, Erfurt und Schwerin eng verbunden.

Immer wieder wird in den Reden gefordert, sich doch alle zusammen zu schließen und aus den Montags- und Mittwochsdemos eine einzige zu machen. Ob dabei die unterschiedlichen Interessen überwunden werden können, ist zurzeit nicht abzusehen.

Inzwischen haben diese Veranstaltungen auch lokalpolitische Auswirkungen. Sowohl der Kreistag als auch die Stralsunder Bürgerschaft beauftragten, nur mit den Gegenstimmen der GRÜNEN, sowohl den Landrat als auch den Oberbürgermeister der Hansestadt Stralsund, in Berlin gegenüber der Bundesregierung tätig zu werden. Der Stralsunder Oberbürgermeister Alexander Badrow (CDU) erklärte sich auf der letzten Mittwochsdemo damit einverstanden, die Stadt wieder für die Organisation eines neuen *Stralsunder Friedens* zur Verfügung zu stellen, um den Krieg in der Ukraine zu beenden. Der *Friede von Stralsund* bedeutete 1370 den Krieg zwischen den Dänen und der Hanse. Und die Stadt steht

auch für friedenspolitische Aktivitäten des schwedischen Ministerpräsidenten Olof Palme 1984 für eine atomwaffenfreie Zone in Europa hier vor Ort.

Für eine Partei DIE LINKE, einst wie alle linken Parteien mit einem hohen Anspruch an die politische und historische Bildung ihrer Mitgliedschaft, zeigen sich heute bedenkliche Defizite, die das politische Agieren auf allen Ebenen beeinträchtigen und teilweise desorientieren: Es geht um Fragen nach dem Subjekt der gesellschaftlichen Entwicklung, um den Anspruch an die Breite des Ansprechens und Organisierens von Arbeitern und anderen Lohnabhängigen, um die Fähigkeit, verschiedene soziale Gruppen zusammenzuführen und zu politischem Handeln zu bewegen.

Inzwischen haben Corona und der Krieg in der Ukraine alle anderen Themen verdrängt. Doch wenn man eine politische Bewegung steuern will, muss man die „Zielgruppen“ kennen. Eine zusammenfassende marxistische Analyse der Klassenstruktur vor allem in Deutschland sollte wieder verstärkt in den Blickpunkt genommen werden. Für wen soll DIE LINKE kämpfen und wessen Interessen will sie vertreten? Welche Verbündete will sie dabei gewinnen?

Siegfried Dienel

Deutsche Wohnen & Co Enteignen (DWE) im Herbst 2022

Ein Jahr nach dem erfolgreichen Volksentscheid vom September 2021 kämpft die Initiative weiterhin für die Vergesellschaftung von bisher konzerneigenem Wohnraum. Sowohl die in Berlin eventuell anstehenden Wiederholungswahlen als auch die aktuellen Sozialproteste sehen wir als Gelegenheit, in die Offensive zu gehen.

Denn derzeit befindet sich die Bewegung in einer Art Patt gegenüber dem Berliner Senat. DWE hat sich für die Entsendung eigener Vertreter:innen in eine Expertenkommission zum Umgang mit dem Volksentscheid entschlossen, die voraussichtlich im Frühjahr 2023 Ergebnisse präsentieren wird. Die Mitarbeit erfolgte, weil mit ihr eine Empfehlung zur Umsetzung des Entscheids wahrscheinlicher, wenn auch nicht sicher ist. Ein Boykott hingegen wäre öffentlich nicht vermittelbar gewesen. DWE hätte diese Arena ihren politischen Gegnern überlassen, ohne eigene Machtmittel daraus zu ziehen. In der Kommission musste die Bewegung jedoch bei Verabschiedung der Geschäftsordnung zwei Niederlagen hinnehmen: Die Expert:innen tagen nicht grundsätzlich öffentlich, wie es der Senatsauftrag vorsah, zudem wurde mit dem neu eingeführten Stimmrecht der Vorsitzenden das Kräftegleichgewicht im Gremium verschoben. Die progressiven Teile der Berliner rot-rot-grünen Koalition waren nicht Willens oder in der Lage, diese Verschiebung abzuwenden. Ihre Auswirkung ist noch offen.

Absehbar war dagegen das Problem, dass die Kommission jene Medienaufmerksamkeit, die vorher bei den Aktiven selbst lag, auf sich ziehen würde. Es gelang bisher nicht, dieses Missverhältnis durch eigene öffentliche Veranstaltungen zu korrigieren. Aus dem Focus der Medien auf die Kommission in Kom-

bination mit deren Stillarbeit entsteht daher vielleicht der Eindruck, es wäre „still geworden“ um DWE. Dies ist von Teilen der Berliner Politik zweifellos beabsichtigt. Schon 2019/20 versuchte der damalige Innensenator Andreas Geisel (SPD), das angestrebte Volksbegehren durch eine über einjährige Prüfungsphase zu verschleppen. DWE setzte damals die Zulassung des Volksbegehrens gerichtlich durch – und nutzte die Zwangspause, um inmitten der Corona-Pandemie durch digitale Treffen stadtweit „Kiezteams“ aufzubauen. Die als Sammelgruppen in den Berliner Bezirken entstandenen Teams sind weiterhin aktiv, womit DWE die einzige stadtpolitische Bewegung mit funktionierenden Bezirksgruppen ist (abgesehen von den traditionellen Mietervereinen). Diese organisatorische Stärke ist für die Berliner Mietenbewegung neu, bestand sie doch bisher aus lokalen Gruppen mit zentralen Bündnissen, die dann in mobilisierungsschwachen Zeiten zerfielen. Auch wenn deutlich weniger lokale Mietkonflikte stattfinden als 2019, gibt es derzeit diese Zerfallstendenzen im Zentrum nicht. Im Gegenteil gelang es, die regionale Vergesellschaftungsforderung über die Hauptstadt hinauszubringen. Mit der „Enteignungskonferenz“ vom 27.-29. Mai und der „Vergesellschaftungskonferenz“ vom 7.-9. Oktober 2022¹ fanden in diesem Jahr gleich zwei überregionale Foren statt, die die Berliner Bewegung mit Aktiven aus ganz Deutschland und darüber hinaus in Kontakt brachten. Mit der Initiative *RWE & Co enteignen*, die die Vergesellschaftung großer Energiekonzerne anstrebt und dem Volksbegehren *Hamburg Enteignet*, das ebenfalls auf die Sozialisierung von Wohnraum abzielt, kamen zudem 2021 zwei neue Bewegungen hinzu. Noch ist offen, ob sich daraus eine bundesweite Vergesellschaftungsbewegung herausbildet, die dem Marktradikalismus gegenwärtige wirtschaftliche Lösungen entgegensetzt.

Notwendig wäre es, denn bisherige Krisenbewältigungs-Strategien setzen darauf, dem Marktversagen staatliche Gelder hinterherzutragen, die sozial höchst fragwürdig verteilt werden. Ein Beispiel ist die geplante Wohngeldreform, die zwar Haushalten mit geringen Einkommen nützt, aber letztlich Steuergelder an Vermieter umverteilt statt Mietpreise zu deckeln oder Wohnraum zu vergesellschaften. Diese Scheinlösungen insbesondere rund ums Thema Wohnen infrage zu stellen sieht DWE als eine seiner Aufgaben an. Daher verabschiedeten wir am 26. September 2022 sechs Forderungen zur Inflation:

1. Wohnungskonzerne vergesellschaften – Energiekonzerne enteignen!
2. Strombörse abschaffen!
3. Indexmietverträge abschaffen!
4. Gasumlage abschaffen! Kaltmieten senken! Energiepreise deckeln!
5. Sofortiger Kündigungsstopp – Zwangsräumungen verhindern!
6. Ökologische Sanierung der Bestände – sofort & mietenneutral!²

¹ Vgl. den Bericht von Lara Schauland in diesem Heft, S. 195 (Red.).

² Eine ausführlichere Version der Forderungen findet sich unter: <https://www.dwenteignen.de/wp-content/uploads/2022/09/Neue-DWE-Forderungen.pdf>.

Die Forderungen wurden in Form einer Massenzeitung gedruckt und werden derzeit mit einer Auflage von 150.000 Exemplaren verteilt. Zusätzlich mobilisiert die Initiative für die Demonstration *Umverteilen* am 12. November 2021 in Berlin. Unsere Forderungen konfrontieren die Marktlogik mit dem Gegenbegriff einer „Gemeinwirtschaft“, als demokratisches Wirtschaften ohne Profit. Uns ist bewusst, dass auch gemeinwirtschaftliche Konzepte historisch von rechts besetzt wurden. Daher legen wir in der Konkretisierung Wert auf Zugänglichkeit für alle, etwa durch die Forderung nach Wahlrecht auch für nichtdeutsche Staatsbürger:innen in der von uns geforderten Anstalt öffentlichen Rechts, die den sozialisierten Wohnraum verwalten soll. Neben der Programmatik setzen wir auch in der Mobilisierung antirassistische Signale, durch mehrsprachiges Plakatieren oder Beteiligung an Mobilisierungen wie *Unteilbar* ab 2018. Eine eigene AG mit englischer Arbeitssprache mit mehrheitlich migrantischen Aktiven sorgt dafür, dass internationale und antirassistische Perspektiven in der Kampagne nicht zu kurz kommen. Möglich ist dies jedoch nur durch ein grundsätzliches Strickmuster von *Deutsche Wohnen & Co Enteignen*: Sie ist eine Wut-Bewegung, die polarisiert und Raum für Emotion lässt, ohne Sündenböcke aufzubauen. Denn die von uns ins Visier genommenen Konzerne sind keine Personen oder gesellschaftliche Gruppen. Sie sind Ausdruck einer anonymen Kapitalmarktlogik, die DWE angreift, ohne bei behelrenden Aufklärungen stehenzubleiben. Stattdessen baut die Initiative eine Alternative auf lokaler Ebene. Gegen die Globalisierung der Finanzmärkte mobilisiert sie nicht den Nationalstaat, sondern die Stadtgesellschaft als zukünftige Eigentümerin einer neuen Allmende. Die Verbindung von Emotionalität, Wut und einer konkreten, auch juristisch ausbuchstabierten Alternative ist unser Erfolgsrezept. DWE versucht also, gemeinsam mit den entstehenden Sozialprotesten in eine Offensive zu kommen. Allerdings bleiben wir gebunden an die Logik der Berliner Landespolitik, da unser Vorhaben auf ein Landesgesetz abzielt. Wichtigster Termin ist daher eine mögliche Wiederholungswahl in Berlin, die für den Februar 2023 erwartet wird. Unser Ziel ist, diese Wahl zu einer Abstimmung über die Umsetzung des Volksentscheides zu machen. Nächster Zielpunkt ist das Ergebnis der Expertenkommission im Frühjahr 2023 – damit wären Senat und Abgeordnetenhaus unter Zugzwang, die Situation wird politisch offener sein, als sie es derzeit im Schwebezustand der „Vertagung“ ist. Viele unserer Strategiedebatten reichen daher über den Herbst hinaus. Grade deshalb wäre ein politischer Herbst jedoch wichtig auch für uns. Auch wenn DWE ein regionales Phänomen ist – die Umsetzung der Vergesellschaftung in Berlin bleibt abhängig von gesamtgesellschaftlichen Kräfteverhältnissen.

Ralf Hoffrogge

Protestgeschehen und rechte Vereinnahmungen

Die seit September 2022 laufende Protestbewegung gegen die sozialen Auswirkungen der Krise soll rechts geframt werden, was in Ostdeutschland auch in größerem Maße zu gelingen scheint. Nicht nur die extreme Rechte hat daran ein

Interesse, sondern offenbar auch Teile von Politik und Medien, denn so lässt sich sozialer Protest generell leicht delegitimieren. Tatsache ist allerdings, dass die Mehrheit der Protestierenden bei den regelmäßigen Montagsdemos in Ostdeutschland kein Bedürfnis zeigt, sich von der extremen Rechten abzugrenzen.

Die AfD und ihr Umfeld haben sich seit dem Sommer auf einen Protestherbst vorbereitet, um die mit dem Krieg und seinen Folgen verbundene Energie-, Sozial- und Inflationskrise zur generellen Delegitimierung des politischen Systems zu nutzen – wie sie es zuvor schon mit der Corona-Krise und der Migrations-Krise gemacht haben. Über Pegida und Querdenken hat sich in Ostdeutschland inzwischen eine stabile Protestklientel herausgebildet, die nach rechts offen ist und zentrale Ziele und Sichtweisen der extremen Rechten teilt: Eine Politik entlang eng definierter nationaler Interessen („Deutschland zuerst!“); eine auf Verschwörungsmysmen basierende Ablehnung politischer und medialer Eliten („Globalisten“, „Great Reset“, „Soros“ etc.); Autoritarismus und Ethnopluralismus (Verherrlichung von Putin und Russland, Ablehnung „westlicher“ Werte, Vorstellung kultureller und ethnischer Homogenität). Geschickt vermischt die extreme Rechte diese Grundhaltungen mit den sehr konkreten und berechtigten Sorgen vor allem in Ostdeutschland, welche Auswirkungen die vom Westen betriebene Sanktionspolitik für die (ostdeutsche) Wirtschaft haben wird.

Seit Anfang September gibt es eine relativ erfolgreiche Mobilisierung zu meist lokalen Protesten in ostdeutschen Klein- und Mittelstädten, die in vielen Fällen nahezu bruchlos die Mobilisierungen im Rahmen der Proteste gegen die Corona-Maßnahmen aufgreifen. Häufig sind Anmelder und Teilnehmer der Corona-Proteste und der aktuellen Sozialproteste identisch. In Teilen, vor allem Sachsens, ist es die extreme Rechte in Form der „Freien Sachsen“ (FS), die Teile des Protestes organisiert und via Social Media spiegelt. Es handelt sich hier *nicht* um originäre Aufmärsche der extremen Rechten, die die protestbereiten Teile der Bevölkerung in ihrem Sinne steuert. Aber die Rechte ist organischer Teil der Bewegung, stellt Redner und Infrastruktur, ist verankerter und akzeptierter Akteur vor Ort.

Tab. 1: Wöchentliche Protestzahlen Ostdeutschland laut Presse

Kalenderwoche	Sachsen	Thüringen	Sachsen-Anhalt	Brandenburg	Mecklenburg-Vorp.
36. KW	16.000				
37. KW	22.000	15.000			
38. KW		18.000	12.000	7.500	10.500
39. KW	32.000	24.000	13.000	13.000	11.000
40. KW	32.000	36.000	14.600	10.500	10.000
41. KW	27.400	27.000	11.200	10.500	7.000
42. KW		22.000		10.000	8.000
43. KW	25.000	20.000	8.700	9.000	7.600

Politisch profitiert hauptsächlich die AfD von der Krise. In aktuellen Umfragen von Mitte September bis Anfang Oktober 2022 liegt die Partei bundesweit zwischen 13 und 15 Prozent und damit 3-5 Prozent über ihrem Bundestagswahlergebnis. In Sachsen (28 Prozent), Thüringen (26 Prozent) und Brandenburg (24 Prozent) liegt die AfD in Umfragen auf Platz 1, und selbst in notorisch schwachen Landesverbänden wie Niedersachsen konnte sie bei den Wahlen am 9. Oktober 2022 ein Ergebnis von knapp 11 Prozent erzielen.

Sieht man sich das bisherige Protestgeschehen an, dann kann noch von keiner wirklichen Massenbewegung im Sinne eines heißen Herbstes gesprochen werden.

Mit etwas mehr als 100.000 Protestierenden erreichten die Montagsdemos am 3. Oktober einen vorläufigen Höhepunkt und verharren bis Ende Oktober auf diesem Niveau bzw. gehen leicht zurück. Zum Vergleich: Am Jahresanfang 2022, auf dem Höhepunkt der Proteste gegen die Corona-Maßnahmen, gingen über mehrere Wochen hinweg zwischen 300.000 und 500.000 Menschen auf die Straße – allerdings nicht nur in Ostdeutschland, sondern auch mit Schwerpunkten in Westdeutschland.

Datum	Ort	Teilnehmer	Bemerkungen
4.9.22	Lubmin	1.800	Organisiert von „Die Basis“, unterstützt AfD
5.9.22	Magdeburg	2.000	Org. von AfD-Landtagsfraktion
5.9.22	Chemnitz	2.000	Gegen Corona-Maßnahmen und „Klimawahnsinn“
11.9.22	Plauen	5.000	Gegen US-Armee und Bundesregierung; III. Weg plus FS
15.9.22	Neubrandenburg	2.000	„Unternehmeraufstand MV“; Verbindung Compact, Querdenken
25.9.22	Lubmin	3.500	Org. von „Die Basis“, Kalbitz als Redner
26.9.22	Magdeburg	3.000	AfD-MdLs als Redner
1.10.22	Berlin	800	„Handwerker für den Frieden“ (Dessau), Elsässer und Compact
3.10.22	Gera	10.000	Höcke als Redner, Infostände FS und AfD
8.10.22	Berlin	10.000	AfD-Demo

* Anm.: Die verschiedenen Quellen entnommenen Zahlen können nicht überprüft werden

Dennoch muss nüchtern festgestellt werden, dass die Mobilisierungskraft der extremen Rechten aktuell deutlich höher ist als die von links. Der AfD gelingen lokal und bundesweit Mobilisierungen, die die Partei DIE LINKE gegenwärtig niemals zustande brächte. So mit ca. 2.000 Menschen in Magdeburg oder knapp 10.000 in Berlin.

Der Charakter der Proteste und ihre Ausrichtung entscheide sich in Klein- und Mittelstädten, nicht in den Metropolen – so der Experte David Begrich. Auch

wenn die Deutungshoheit über die Proteste zumindest bis Ende Oktober 2022 noch umstritten war, lässt sich feststellen, dass die extreme Rechte ihre Verankerung in der Fläche ausbauen konnte. Während die Linke auch in breiteren Bündnissen und nur in ausgewählten Metropolen am 22.10. wohlwollend geschätzt knapp 24.000 Menschen auf die Straße brachte, wird die Alltagswahrnehmung vieler Menschen in Ostdeutschland durch die extreme Rechte geprägt. Björn Höcke kann in Gera am 3. Oktober eine hundertprozentig faschistische Rede halten, ohne mit Widerspruch oder gar Protest rechnen zu müssen.

Während jede linke Demo, auf der auch nur ein Nazi anwesend ist, zu einer medialen Katastrophe wird, lädt die Rechte zu einer von ihr immer wieder suggerierten Querfront regelmäßig ein. Dieses Ungleichgewicht funktioniert auch deshalb so gut, weil die Rechte nicht sozialpolitische Themen ins Zentrum ihrer Proteste stellt, für die sie auch wenig anzubieten hätte. Von rechts wird eine generelle Unzufriedenheit adressiert und autoritär kanalisiert, die gegenwärtig von links nicht bedient werden kann. Antagonistische Positionen sind inzwischen rechts markiert, so dass die Linke allenfalls als zahnloses Korrektiv zur Ampel in Erscheinung tritt.

Gerd Wiegel